

II-6624 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3272/J

1989 -02- 2 0

A N F R A G E

der Abgeordneten Erlinger und Freunde

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst

betreffend unsere Anfrage zum Strahlenschutz, Nr. 2890/J vom
7. November 1988

In Ihrer Anfragebeantwortung Nr. 2828/AB vom 20.12.1988 sind Sie auf unsere Frage teilweise nicht eingegangen oder haben nur ausweichend geantwortet. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A N F R A G E :

1. In Ihrer Antwort auf Punkt 1 unserer Anfrage Nr. 2890/J haben Sie die Frage, ob die von der Umgliederung im Bereich des Umweltbundesamtes und des Strahlenschutzes betroffenen Dienststellen angehört wurden, und wie ggf. deren Stellungnahme lautete, nicht beantwortet. Bitte beantworten Sie diese Frage, und bitte erklären Sie darüber hinaus, warum Sie diese Antwort nicht bereits in der Beantwortung vom 20.12.1988 gegeben haben.
2. Zum Punkt 2 unserer Anfrage Nr. 2890/J (unabhängige Kontrolle der Forschungsreaktoren) präzisieren wir unsere Vorstellung von einer unabhängigen Kontrolle in dem Sinn, daß wir darunter verstehen, daß als "externe Sachverständige" keine Personen herangezogen werden, die selbst in einem reaktorbetreibenden Institut tätig sind. Wir wollen selbstverständlich nicht deren Fachkompetenz anzweifeln, wohl aber deren Unparteilichkeit, die nach unserer Überzeugung Voraussetzung für eine effektive Kontrolle ist. Wir fragen Sie daher, ob Sie bereit sind, für eine in diesem Sinne unabhängige Kontrolle der österreichischen Forschungsreaktoren zu sorgen.
3. Wie Sie in Ihrer Antwort ausgeführt haben, arbeitet die Strahlenschutzkommission derzeit an der Vorbereitung von Maßnahmen für allfällige zukünftige nukleare Katastrophen. Bis wann werden die Ergebnisse dieser Arbeit voraussichtlich vorliegen? Werden Sie diese Ergebnisse der Öffentlichkeit

zugänglich machen oder werden die Maßnahmen und Grenzwerte geheimgehalten werden?

4. In Beantwortung von Punkt 4 unserer Anfrage behaupten Sie, wenn in der Milch überhöhte Cäsiumwerte festgestellt werden, würden die betroffenen Bauern bzw. "die Landwirtschaftskammern" informiert, und die Almbauern im Dorfertal seien ebenfalls "umgehend informiert" worden. Da das nicht unseren Informationen entspricht, fragen wir Sie:

- a) Wann wurde die enorme Kontamination der Milch aus dem Osttiroler Dorfertal erstmals festgestellt und wann wurden die Bauern informiert? Auf welche Weise wurde diese Information vorgenommen? Sind Sie bereit, Kopien der entsprechenden Schreiben vorzulegen?
- b) In welchen Gemeinden Österreichs wurden 1987 und 1988 überhöhte Cäsiumbelastungen der Milch festgestellt?
- c) Wurden in diesen Fällen die Bauern direkt oder nur die Landwirtschaftskammern informiert? Falls letzteres zutrifft, haben Sie sich darum gekümmert, ob diese die Informationen auch wirklich an die Bauern weitergeleitet haben?

5. Den Punkt 5 unserer Anfrage haben Sie sehr allgemein wichtigen Punkt, nämlich die Information der Öffentlichkeit, beantwortet. Wir möchten Sie bitten, wenigstens auf einen über die aktuellen Meßwerte im Falle einer zukünftigen nuklearen Katastrophe, näher einzugehen. Im Falle Tschernobyl wurden diese Meßwerte ja anfangs - also gerade in der kritischen Zeit - als Verschlusssache behandelt. Nicht einmal die Bürgermeister konnten angeblich die Meßwerte des Strahlenfrühwarnsystems in ihren eigenen Ortschaften erfahren. Deshalb fragen wir Sie:

Wie wird im Falle eines zukünftigen Atomunglücks die Bekanntgabe von Meßwerten konkret gehandhabt werden? Wird es volle Informationsfreiheit geben, oder ist es beabsichtigt, bestimmte Informationen - etwa unter bestimmten Bedingungen - nicht weiterzugeben? Glauben Sie, daß eventuellen Panikreaktionen eher durch volle Information auch im Falle akuter Gefahr oder durch Zurückhaltung von Meßdaten begegnet werden kann? Werden Sie schließlich über diese und ähnliche Fragen einen Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit suchen oder werden die von der Strahlenschutzkommission hinter verschlossenen Türen ausgearbeiteten Maßnahmenkataloge den Schlußpunkt bilden?